

Kinder- und Jugendversammlung 20.11.2024

Protokoll

Anwesende: Frau Zivkovic (Bezirksbürgermeisterin), Herr Lemm (Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit), Herr Bley (Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung, Kultur und Facility Management), 5 Mitarbeitende des Bezirksamts, 4 Mitarbeitende des Vereins „Kinderfreundliche Kommune“ (KfK), Team M3+, Jugendliche M3+, Fridays for Future Marzahn-Hellersdorf, 2 Schüler*innen des Otto-Nagel-Gymnasiums, Bewohnende der GU Bitterfelder Straße und Begleitung, Jugendliche und Mitarbeitende von Gangway

1) Begrüßung der Anwesenden durch Moderation

Moderation begrüßt die Gäste.

2) Vorstellungsrunde und Kennlernspiel

Caro Kwiedor stellt KJB vor: Ansprechpartner*innen für junge Menschen aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Schwerpunkte Kinderrechte, Beteiligung und politische Bildung.

Kennenlernbingo wird gespielt.

3) Frau S. von Kinderfreundliche Kommune (KfK)

Begrüßung der Gäste durch Frau S. von KfK. Mehr als 40 Kommunen deutschlandweit haben mittlerweile das Siegel verliehen bekommen. KfK hat das Ziel, Dinge zu bewegen, die junge Menschen betreffen. Heute vor 35 Jahren wurde UN-KRK verabschiedet, deshalb die Frage, was heißt; Kinderrechte leben? Es geht um Umsetzung der einzelnen Rechte für Kinder. Marzahn-Hellersdorf ist schon seit 2020 mit dem Programm der KfK beschäftigt. Umso schöner, dass heute Siegel übergeben werden kann. Frage, die sich KfK bei der Bewertung gestellt hat: Was gibt es schon vor Ort und was können wir dort besser machen?

Bezirk wurde von Kindern und Jugendlichen (KiJus) bei insgesamt drei Befragungen mit 1,9 (Schulnote) bewertet. Bewertung der Sauberkeit (2,8), Mitbestimmung (2,9) und Sport und Bolzplätze (2,4) hat am schlechtesten abgeschnitten. Hier also noch Luft nach oben, aber insgesamt gute Startrampe. Hieraus ist engagierter Aktionsplan entstanden, wodurch heute Siegel übergeben werden kann. Nun heißt es, die Maßnahmen auch umzusetzen. Es geht am Ende darum, dass politische Entscheidungen immer stärker aus der Perspektive von jungen Menschen getroffen werden, die unbedingt in Entscheidungsfindung einbezogen werden müssen.

Beteiligung muss in einem passieren, egal bei welchem Thema, Verkehr, Grünflächen etc., alle müssen an einem Strang ziehen. Danke an Sachverständige der KfK, damit das in Marzahn-Hellersdorf entstehen konnte. KfK fordert Kinderrechte ins Grundgesetz, Kampf gegen Kinderarmut (viel zu viele Kijus unter Armutsgrenze). Daran müssen politische Akteur*innen immer wieder erinnert werden und KfK ermutigt alle Akteur*innen im Bezirk, weiterhin zusammenzuarbeiten und die nächsten Schritte gemeinsam zu gehen.

4) Besuchende des M3+ stellen ihr Projekt vor

Projektvorstellung: Nachbau der Umgebung des M3+ mit Hilfe des PC-Spiels Minecraft – eine Art virtueller Legokasten. Dadurch wird Kreativität gefördert, das Gefühl von Freiheit entsteht und durch gemeinschaftliches Spielen wird Sozialkompetenz und Medienkompetenz gestärkt.

Die Kijus haben virtuell ihre Wünsche für die direkte Umgebung nachgebaut und dabei versucht, möglichst realitätsnah und maßstabsgetreu zu arbeiten. Es wurden Vergleichsbilder der realen Umgebung dem Minecraft-Nachbau gegenübergestellt.

Ideen und Veränderungswünsche: Wunsch nach Straßenübergang über die Mehrower Allee in Form einer Brücke, Wunsch nach Bücherbox an der Bushaltestelle auf der Mehrower Allee. Wunsch nach mehr Licht in der Umgebung des M3+ und insgesamt im Marzahn.

Zivkovic: Wieviel haben am Projekt teilgenommen?

P. (Mitarbeitender M3+): Insgesamt 160-180 Kids seit ca. 2 Jahren

KfK: Tolle Ideen, was passiert mit den Ideen? Geht das weiter an Politik?

Lemm: Er kann gerne die Wünsche weiterleiten an die zuständige Kollegin, gerade Thema Licht kann weiterverfolgt werden.

Zivkovic: Evtl. kann das Bezirksamt (BA) mal im M3+ tagen und erneut Präsentation hören mit anderen Kolleginnen aus dem BA.

5) Das KiJuPa (Kinder- und Jugendparlament Marzahn-Hellersdorf) stellt sich und ihr Anliegen vor

KiJuPa stellt sich und WannseeFahrt vor. C. und E.: Erzählen von Gründungsveranstaltung 2022 und Powergroup. Letztes Jahr wurde neuer Vorstand gewählt, dieses Jahr fand Podiumsdiskussion in der JFE „Am Hultschi“ zum Thema Jugendpartizipation statt.

Fahrt zum Wannsee hat letztes Wochenende stattgefunden: KiJuPa hat sich im Rahmen der Fahrt bei potentiellen neuen Mitgliedern vorgestellt und verschied. Workshops durchgeführt. Erste AG zu Antidiskriminierung hat sich gegründet. →

was ist Antidiskriminierung, im Rahmen von Workshops soll das Thema aufgearbeitet werden.

Anliegen für heute: Wo sieht das BA Möglichkeiten der Unterstützung für das KiJuPa?

Lemm: Themen können zu Beginn einer BVV-Sitzung mit Antrag bei BVV angebracht werden und man kann sich an Stadträte wenden, die immer zu Sitzungen des KiJuPa einladen können. Es wird in JFE Sitzungen geben, bei denen Stadträt*innen JFE besuchen und sich den Fragen der KiJus stellen.

E. (KiJuPa): Antrags- und Rederecht in Jugendhilfeausschuss (JHA)?

Lemm: Gäste haben immer Rederecht, formlose Mail als Antrag an Björn Thielebein für dauerhaftes Rederecht. Spricht sich für Mitarbeit im JHA aus.

K. (ehemaliger BSA-Vorstand): Er hat in Erinnerung, das KiJuPa sei schon Mitglied des JHA.

Lemm: Lädt KiJuPa ein, zur nächsten Sitzung zu kommen und nachzufragen.

Moira Hoffmann(KJB): Ist etwas ähnliches in BVV möglich?

Zivkovic: Tragt das an Vorsteher der BVV heran.

Fr. B. (KfK): Wie schafft man es, KiJus für Gremium zu gewinnen? Und es kontinuierlich aufrecht zu erhalten?

C. (KiJuPa): Bisher ist das nicht wirklich gelungen, deshalb in diesem Jahr „Neustart“ durch Fahrt, wollen weiterhin Werbung an Schulen machen, Lehrkräfte ansprechen und speziell an z.B. Politikurse wenden. Mehr Werbung auch auf Social Media (TikTok).

E. (KiJuPa): große Faktoren sind Präsenz und Angebote. Außerdem die Möglichkeit, einfach dazu zu kommen und nicht direkt aktiv werden zu müssen, diese wollen sie schaffen.

Caro Kwiedor (KJB): viele Wege und Mittel für neue Mitglieder nötig. Das politische Mandat braucht es weiterhin und muss verankert bleiben bzw. werden, um Motivation aufrecht zu erhalten.

Lotte (KJB Fried.-Kreuzberg): Welche konkreten Angebote macht ihr?

C. (KiJuPa): Bei verschiedenen Veranstaltungen präsent. Eine Bildungsfahrt nach Brüssel im Rahmen der Europawahl, WannseeFahrt, Präsenz bei örtlichen Festen mit niedrigschwelligen Angeboten. Schulen und JFE zu Plenarsitzungen einladen, um einfach schnuppern zu können.

J. (KiJuPa): Welche Schritte unternimmt Bezirk, um KiJuPa zu festigen?

Lemm: Weiterhin Unterstützung durch KJB, ab nächsten Jahr wird es Kinder- und Jugendbeauftragte im BA geben, lädt KiJuPa dazu ein, Werbung in BVV zu machen und noch stärker Mitsprache einzufordern.

E. (KiJuPa): Welche Strukturen intern für Unterstützung des KiJuPa?

Lemm: Kinder- und Jugendbeauftragte soll Schnittstelle in Verwaltung sein, es wird keine Extraperson in den einzelnen Ämtern geben.

Zivkovic: Kinder- und Jugendbeauftragte kann in Sitzungen der einzelnen Ämter dabei sein.

E. (KiJuPa): Wann kommt Kinder- und Jugendbeauftragte?

Lemm: Stelle wird ab dem 01.01.2025 ausgeschrieben. Kann keine klare Antwort geben, wann sie besetzt wird, am liebsten zum 01.02., rechnet eher mit Ende des ersten Quartals. Lemm informiert KiJuPa, wenn Stelle besetzt wird.

Lemm: Wie Kijus erreichen, die sonst wenig damit zu tun haben und keine Stimme haben oder diese nicht nutzen?

E. (KiJuPa): Sind immer noch im Aufbauprozess, viele sind trotz Interesse wenig engagiert, über Multiplikator*innen in Schule gehen, also z.B. schon interessierte Schulsprecher*innen tragen das in eigene Schulen. Beginnen mit verschied. Angeboten für versch. Zielgruppen z.B. WannseeFahrt.

C. (KiJuPa): Weitere Multiplikator*innen wie Lehrkräfte aktivieren, KiJuPa hat aber auch begrenzte finanzielle und zeitliche Ressourcen und müssen deshalb mit den Mitteln klarkommen, die sie haben.

6) geplanter TO-Punkt: KJB stellt QM-Projekt vor und übergibt Broschüre an Politik → Punkt fiel aus zeitlichen Gründen weg.

PAUSE (15 Minuten)

7) Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkunft Bitterfelder Str. stellen ihr Anliegen vor

Kinder aus GU Bitterfelder Straße stellen per Video ihr Anliegen vor: Sie wünschen sich einen Zebrastreifen über die Bitterfelder Straße.

Zivkovic: Leider schlechte Neuigkeiten: vorne auf der Bitterfelder Str. ist schon Ampel, in gewissem Abstand zu Ampeln dürfen keine Zebrastreifen installiert werden, deshalb darf es an der Stelle keinen Zebrastreifen geben.

A. (GU): Kann Sicherheit deutlich verbessern.

J. (Sozialarbeiterin GU): Super wichtig, weil Menschen eh dort über die Straße gehen und dadurch Unfälle verhindert werden könnten.

Zivkovic: Normales Procedere bei Neuschaffung von Zebrastreifen: Es würde gezählt werden, wie viele Menschen dort die Straße überqueren, selbst das würde

vmtl. nicht ausreichen, auch wenn es keine Ampel gäbe. Deshalb kann dort kein Zebrastreifen gebaut werden. Bedankt sich trotzdem, dass GU dort war und Anliegen präsentiert hat.

8) Gangway und Skatepark Wuhletalstr.

Nik stellt Projekt „Rettet den Roten“ vor: hat zwar gut angefangen, hat aber leider stark nachgelassen, mittlerweile nur Baustelle, falscher Boden wurde eingesetzt, Boden viel zu rau, Fugen in Rampen, hohe Verletzungsgefahr.

Gutachten (was die Initiative selbst in Auftrag gegeben hat) weitergegeben an Lemm und Zivkovic. Kijus werden hingehalten, es werden keine genauen Daten genannt, was ist aktueller Stand?

Lemm: Damals Begehung gemacht, Kijus haben auf Gefahren usw. hingewiesen. Hört zum ersten Mal, dass es nicht zufriedenstellend ist.

Zivkovic: Ihr ist auch nicht bekannt, dass Situation so ist. Sie schlägt vor, dass sie sich mit Kijus und Gutachter vor Ort trifft und die Kijus alle Probleme schildern. → Zivkovic meldet sich bei Kijus, hat Kontaktdaten aufgenommen.

Herr Bley erscheint.

8) FridaysForFuture stellt ihr Anliegen vor

J. (FfF) präsentiert, was dieses Jahr passiert ist. Im April in BVV zu Gast gewesen, haben umfangreichen Forderungskatalog überreicht. Heutiges Thema: ÖPNV.

E. (FfF): Forderung, dass bessere Erschließung des Bezirks stattfindet, Takterhöhung des ÖPNV, Rufbusse (MUVA) ausbauen, Straßenbahn: ehemals geplante Lückenschlüsse wieder aufnehmen (konkrete Lückenschlüsse siehe Folgefragen). Straßenbahn 62 in Mahlsdorf kann Takt nicht halten und kommt regelmäßig unpünktlich. Bedeutet mehr Autos und Frust, Fordern zweigleisigen Ausbau mit einem Lückenschluss über die Ridbacher Str. und Anbindung ins Netz Hellersdorf an der Haltestelle Nossener Straße.

Halten Takterhöhung der Tram 18 zu Stoßzeiten für sinnvoll. Haben konkrete Schulen im Bezirk in der Karte ihrer Präsentation vermerkt, die an betroffenen Strecken liegen (z.B. Melanchthon-Gymnasium).

MUVA sollen bleiben und soll auf ganzen Bezirk ausgeweitet werden. Busse wie 154, X69 gerade zu Stoßzeiten sehr voll, fordern Taktverdichtung.

E. (FfF): Wie ist der aktuelle Stand zu Untersuchung des Straßenbahn-Lückenschlusses zw. Mahlsdorf und Hellersdorf?

Zivkovic: Senatsverwaltung sieht davon ab, das weiter fortzusetzen, sie kann Schreiben dazu auf Anfrage nachreichen.

E. (FfF): Wie möchte BA mit Verkehrssituation in Mahlsdorf umgehen? Verschiedene Äußerungen in Vergangenheit.

Zivkovic: Aktuelle Lösung wird weiterverfolgt, aktuellen Stand kennt sie nicht.

E. (FfF): Wie ist aktuelle Aussicht auf Lückenschluss zw. Marzahn und Neu-Hohenschönhausen?

Zivkovic: Kann dazu nichts sagen.

J. (FfF): Wie kann Zuverlässigkeit des ÖPNV verbessert werden?

Zivkovic: Ständiges Nachfragen bei Senat und BVG.

J. (FfF): Welche Auswirkungen haben geplante Kürzungen auf ÖPNV und Verkehrswende in Ma-He?

Zivkovic: Kann das nicht sagen, hat keine Idee, was die Kürzungen für Auswirkungen haben. E-Busse seien geplant. Zu Radbahn U5 und RSV9: Wird noch besprochen, Termin am Freitag (22.11.24)

J. (FfF): Ist Taktverdichtung zu Schul- bzw. Stoßzeiten denkbar?

Bley: BVG kann aktuell keine Taktverdichtung bieten, es fehlt an Personal.

J. (FfF): Aktueller Stand bei Neubesetzung der Stelle einer Klimaschutzbeauftragten Person?

Zivkovic: Stelle war ausgeschrieben und es haben Vorstellungsgespräche stattgefunden. Keine geeignete Person gefunden, also wird Anforderungsprofil überarbeitet und Stelle neu ausgeschrieben.

J. (FfF): Gibt es Neuigkeiten zu Mitteln für Klimaschutzmanager*in?

Zivkovic: Antrag ist gestellt.

E. (FfF): Wird durch Kürzungen Finanzierung des Klimarates 2025 gefährdet?

Zivkovic: Klimarat wird aus BEK-Mitteln bezahlt, ist zuversichtlich für 2025, kann nichts zu 2026 sagen, es sieht wohl ganz gut aus.

E. (FfF): Wie konkret ist Übergabe des Konzepts zum Klimaaktionstag an Schulen an die Schüler*innen geplant?

Bley: Konzept wurde übergeben an Schulaufsicht. In Schulleitungssitzung in Dezember wird das vorgestellt und erläutert, bei Fragen der Finanzierung etc. wird Schul- und Sportamt nicht unterstützen können, weil es nicht ihre Zuständigkeit ist. Das Tool (Konzept) ist an Schule übergeben, die sich daraus Dinge rausziehen können.

J. (FfF) wäre gern bei Schulleitungssitzung dabei.

Bley: Stört ihn nicht, er ist aber nicht Sitzungsleiter, FfF soll sich an Frau Braun (Schulaufsicht) wenden.

9) Siegelübergabe (kfK)

Fr. B. (KfK): Warum macht ihr (K. und M.) hier die Moderation?

M.: Ihr gefällt, dass sie und anderen Kijus reden können und die Politik abwarten muss.

K.: Hält Kinder- und Jugendversammlung für gute und wichtige Veranstaltung, um mit Politik ins Gespräch zu kommen

Fr. B. (KfK): Macht euch das „Ungewisse“ bei einer solchen Veranstaltung nicht ein bisschen Angst?

M.: Findet die Atmosphäre hier gut, mag Herausforderungen.

K.: Herausforderung gefällt ihm.

Fr. B. (KfK): Greift das Stichwort „Herausforderung“ in Bezug auf das Erreichen des KfK-Siegels auf. Es gibt insgesamt 34 Maßnahmen, Kompliment an Stadtbezirk, dass sie den Weg zum Siegel (weiter) gehen wollen, Frage an Jugend: was fehlt euch noch im Bezirk?

M.: Das Denken aus der Perspektive der jungen Menschen.

K.: Kinder werden in Politik häufig vernachlässigt, es muss mehr Veranstaltungen wie heute geben, die mehr Beteiligung ermöglichen.

Fr. B. (KfK): Enorme Qualitäten mit dem, was Bezirk schon hat, muss aber noch deutlich weitergehen, Respekt und danke an M. und K.

Siegel wird vergeben, das wird nun zelebriert, bittet Sachverständige nach vorne (sind eigentlich zu dritt, heute nur zu zweit → Herr F. B. (KfK) und Frau R. B. (KfK)).

Sachverständige sind bei der Umsetzung der Maßnahmen immer dabei und bringen ihre Expertise ein.

Frau R. B. (KfK): Prof. für soz. Arbeit und beschäftigt sich seit 30 Jahren mit Kinderrechten und UN-KRK.

Herr F. B. (KfK): Kommt aus Stadtplanung und Stadtentwicklung, macht nun viel Forschung, wie Kijus in Stadtentwicklung beteiligt werden können. Alle Planenden müssen Stimme der Kijus auf dem Schirm haben.

Frau R. B. (KfK) stellt dritten Sachverständigen stellv. vor: Ist Soziologe und beschäftigt sich mit Chancengleichheit (wichtiges Kinderrecht). Für ihn sei wichtig, dass das Thema der hohen Kinderarmut in Verbindung mit der berlinweit höchsten Rate an alleinerziehenden Eltern in Ma-He weiterverfolgt wird. Ma-He macht diesbezüglich zwar schon viel, muss aber besser zusammengeführt werden.

Frau B. (KfK): Warum darf Ma-He das Siegel überreicht bekommen?

Herr F. B. (KfK): Maßnahmenplan von Anfang an begleitet: ist gar nicht so leicht, mit allen Terminen der Verwaltung abzusprechen. Gibt vier Bereiche, in denen Maßnahmen beschlossen wurden (siehe Maßnahmenplan). In allen Bereichen hat sich Bezirk ambitioniert aufgestellt, viele Gedanken gemacht, wie Kindeswohl

beachtet werden kann. Stimmen der KiJus werden versucht, strukturell in allen Bereichen zu etablieren. Das kann in allen Maßnahmen abgelesen werden (z.B. in Bezug auf Schulhoföffnung außerhalb der Schulzeiten). Es sollen Steuerungsgruppen zu z.B. Grünflächen strukturell etabliert werden, an denen alle Ämter teilnehmen sollen und dann tatsächlich miteinander reden, das habe sie (die Sachverständigen) besonders überzeugt. Auch die bevorstehende Kürzungswelle und entsprechende Rüstung darauf wird im Aktionsplan berücksichtigt.

Frau R. B. (KfK): Maßnahmenplan sei schon sehr umfangreich und bräuchte nur noch kleine Ergänzungen. Das Strukturelle sei sehr wichtig, dafür braucht es eine konkrete Stelle: Kinder- und Jugendbeauftragte → wird kommen.

Weiterer Punkt: alle hier kennen sich vmtl. gut mit Kinderrechten aus, aber in der Verwaltung sei sie sich da nicht so sicher: Dass sich das mit Hilfe von FoBis ändert, ist Teil des Plans. Berlin kann von Ma-He lernen, hat ältestes KJB, gibt schon lange organisierte Beteiligung, Rechte werden in Schule transportiert und KiJus wissen um ihre Rechte, das ist langer Tradition der Beteiligung zu verdanken. Jugendjury hatte Ursprung in Ma-He, die gibt es seitdem und wurde durch Ma-He auf Berlin ausgeweitet. Das was heute passiert (KJV), ist Beweis für gute Beteiligung. Beteiligung führt nicht immer zu Erfolg, aber warum etwas nicht umgesetzt werden kann, wird begründet. All diese Punkte qualifizieren Ma-He für das Siegel.

Es gab einstimmige Entscheidung für die Übergabe des Siegels aller drei Sachverständigen.

Siegel kann auch verbreitet werden.

Frau R. B. (KfK): Urkundenverlesung

Foto mit Herrn Lemm, Frau Zivkovic und Personen der KfK.

Dank von Frau Zivkovic an Herrn Lemm und Personen im BA, die für den Aktionsplan gearbeitet haben.

Lemm: Verwaltung war nach Start von KfK erstmal nicht besonders begeistert: wieder zusätzliche Aufgabe. Mittlerweile sehr zentral und geht alle Ämter an, nicht nur Jugendamt. Alle Ämter müssen berücksichtigt werden (Bsp. Bebauungsplan: Wenn sowas an Öffentlichkeit geht, liegt im Rathaus ein Buch aus dazu, von dem niemand weiß. Ziel muss sein, so etwas auch für KiJus zugänglich zu machen (z.B. mit Minecraft). Siegel erst Start des Prozesses, ermutigt alle, bis zur Bewertung in zwei Jahren dranzubleiben.

11) Q&A → aus zeitlichen Gründen weggefallen

12) Abschluss

K. (Moderation): Welchen Einfluss hat das Siegel schon jetzt?

Lemm: Sei Zeichen für Bereitschaft des BA, KiJus zukünftig weiterhin zu unterstützen.

M. (Moderation): Wenn KiJus ein Anliegen offen haben, wohin kann das gehen?

Lemm: Jede JFE, KJB, Politiker*innen direkt anschreiben.

K. (Moderation): Welche Auswirkung hat Siegel auf Schule und Unterricht?

Bley: Mitnehmen an Schulaufsicht. Beim Gestalten der Anlagen und Gebäude werden in Zukunft KiJus beteiligt und das passiert nicht vom Schreibtisch aus

Frau R. B. (KfK): Vorschlag, Aktionsplan soll verbreitet werden, darüber könnte ja auch in Politikunterricht diskutiert werden, je mehr Leute davon wissen, desto mehr fragen nach.